

EU plant Abgabe für Temu-Pakete: Bringt das hohe Kosten?

Die EU prüft eine Pakete-Abgabe von bis zu zwei Euro für E-Commerce-Anbieter wie Temu und Shein, um Überwachungskosten zu decken.



Vienna, Österreich - Die EU-Kommission prüft zurzeit die Einführung einer Pauschalabgabe auf Pakete aus Drittstaaten, um die gestiegenen Überwachungskosten zu finanzieren. Diese Maßnahme könnte eine Gebühr von bis zu zwei Euro pro Paket beinhalten. Besonders betroffen von dieser Regelung wären E-Commerce-Riesen wie Temu und Shein, die durch aggressive Preisstrategien und Direktvertrieb von Herstellern an Verbraucher in der EU ständig an Wachstum gewinnen.

Im Jahr 2024 trafen täglich etwa zwölf Millionen Pakete in der EU ein, was im Vergleich zu den Vorjahren einen signifikanten Anstieg darstellt. Anna Cavazzini, Vorsitzende des Binnenmarktausschusses im EU-Parlament, bemerkte, dass das

Phänomen der Einzelpakete mit geringem Wert neu sei und dass extrem günstige Marktplätze wie Temu und Shein wesentlich zu diesem Anstieg beitragen.

Hintergrund zu E-Commerce und den neuen Regelungen

Temu, ein Online-Marktplatz, der seit Frühjahr 2023 in Deutschland aktiv ist, ist bekannt für seine Minipreise und hohen Rabatte. Der Großteil der Produkte wird direkt vom Hersteller an den Kunden versandt. Shein, ein in China gegründeter und mittlerweile in Singapur ansässiger Modekonzern, fungiert als Hersteller, Händler und Marktplatz und kann aufgrund des weltweiten Versands und der Abwesenheit physischer Geschäfte extrem niedrige Preise anbieten.

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) hat die abgeleitete Abgabe als einen „sinnvollen Ansatz“ bezeichnet und unterstützt die Maßnahme, was in der Handelsbranche positive Rückmeldungen hervorruft. Diese Entwicklungen stehen im Kontext der Bestrebungen der EU, den elektronischen Handel sicherer, nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu gestalten.

EU-Regelungen zur Bekämpfung von Einfuhren geringwertiger Waren

Die EU hat kürzlich eine Mitteilung veröffentlicht, in der Instrumente zur Bekämpfung des Anstiegs von Einfuhren von geringem Wert auf den Markt vorgestellt werden. Diese Einfuhren stellen Risiken für Gesundheit, Sicherheit und Umwelt dar und schaffen unfaire Wettbewerbsbedingungen. Der Durchschnittspreis für grenzüberschreitende Paketzustellungen liegt fünfmal höher als für Inlandszustellungen, was für viele Unternehmen eine große Hürde darstellt.

Die neuen EU-Vorschriften sind darauf ausgerichtet, den Verbrauchern einen leichteren und sichereren Online-Einkauf zu

ermöglichen. Zu den Maßnahmen gehören unter anderem eine überarbeitete Zahlungsdiensterichtlinie und Regeln gegen ungerechtfertigtes Geoblocking. Zudem müssen Online-Verkäufer alle Verbraucher in der EU gleich behandeln und Transparenz über ihre Angebote gewährleisten.

Ein fortlaufender Dialog zwischen EU-Behörden und Unternehmen soll sicherstellen, dass diese Technologien und Regelungen an die sich ständig ändernden Märkte angepasst werden können. Ziel ist es, die Rechte der Verbraucher zu stärken und gleichzeitig den elektronischen Handel innerhalb der EU nachhaltig weiterzuentwickeln.

Die Diskussion um die Abgabe auf Pakete aus Drittstaaten und die damit verbundenen Vorschriften ist Teil eines umfassenden europäischen Ansatzes, der die Zukunft des E-Commerce in der Europäischen Union neu gestalten soll.

Weitere Informationen finden Sie auf **vienna.at**, **Spiegel** und **EU Digital Strategy**.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.spiegel.de • digital-strategy.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at